

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Reichstag gegen Versammlungsverbote

Entschießung des Geschäftsordnungsausschusses.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit der Beschwerde des Genossen Soltmann wegen des Verbotes öffentlicher Versammlungen im unbefestigten Gebiet seines Wahlkreises. Der Ausschuss beschloß einstimmig, die Beschwerde für berechtigt zu erklären. Im Zusammenhang mit der Erörterung über die Beschwerde Soltmanns wurde vom Genossen Dittmann auf die Berichtigung des Befehlshabers Seckl verwiesen, nach der ein grundsätzliches Verbot aller öffentlichen Versammlungen vom Wehrkreisamt Münster erlassen sei. Dittmann hielt dieses Verbot für unzulässig und erklärte, daß die zahlreichen Ueberriffe der Militärbehörden nicht nur das Ansehen des Militärs außerordentlich schädigen, sondern auch die Ermüdung nahelegen, es nicht nur den Belagerungszustand mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Der Zentrumsvizepräsident Fehrenbach trat den Auffassungen Dittmanns bei und kritisierte außerordentlich heftig die dauernden Ueberriffe der Militärbehörden, die sich durch solche Ueberriffe nur distanzieren. Auch die Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien sprachen sich fast ausnahmslos gegen die Praxis der Militärbehörden mit dem Ausnahmezustand aus. Folgende Entschlie-ßung fand einstimmige Annahme:

Der Ausschuss gibt einstimmig seine Ueberszeugung dahin aus, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. September 1923 keine Rechtsgrundlage für ein grundsätzliches Verbot von Versammlungen gibt. Verbote sind nur zulässig, wenn im einzelnen Falle besonderer Anlaß dazu gegeben ist. Auf Vorschlag des Genossen Dittmann wurde zur Berichtigung des kommunalistischen Abgeordneten Bary beschloßen — unter der Voraussetzung, daß inzwischen eine Entlassung erfolgt sei —, es der Initiative Bary zu überlassen, ob sich der Ausschuss mit der

Angelegenheit weiter beschäftigen soll. Für den Fall, daß die Nach-richt über die Entlassung unrichtig ist, würde der Ausschuss bereits morgen eine neue Sitzung einberufen.

Berichtigung der Berichtigung.

Köln, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zu der Berichtigung des Generals v. Seckl wegen des Verbots sozialdemokratischer Versammlungen in mehreren Orten des Rheinlandes wird uns gemeldet:

Es ist richtig, daß zunächst öffentliche Versammlungen an-gemeldet worden sind. Für den Fall, daß diese nicht genehmigt wurden, sollten Mitgliederversammlungen stattfinden. Sowohl Bürgermeister wie Landrat nahmen aber den Standpunkt ein, daß auch Mitgliederversammlungen der Genehmigung durch die Militärbehörden bedürfen. Diese Genehmigung war nicht zu erlangen. Es ist notwendig, daß die Militärbehörden klare Anweisungen über das Versammlungswesen erlassen, damit die Einbeurteilung von Versammlungen, woran sie sind. Im übrigen bleibt bestehen, daß im benachbarten besetzten Gebiet nicht nur Mitgliederversammlungen, sondern auch zahlreiche öffentliche Versammlungen von den Befehlshabern genehmigt werden, so daß die Versammlungsverbote der deutschen Behörden besonders unangenehm wirken. Das allgemeine Verbot öffentlicher Versammlungen ist bei den besonderen Verhältnissen im Rhein-lande ganz und gar unerträglich. Der Militärbefehlshaber, der in Münster residiert, ist angewiesen auf die Berichte irgendeines Bürgermeisters oder Landrates, und es muß zu den schwersten Ueberriffen führen, wenn auf Grund solcher geheimen Rathschläge Versammlungsverbote erfolgen, die, wie im vorliegenden Falle, einen bestimmten Abgerundeten hindern, seinen Wählern Bericht zu erstatten, während er es in geringer Entfernung davon im besetzten Gebiet darf. Der militärische Aus-nahmezustand ist eben unhaltbar.

Sozialistische Wirtschaftspolitik.

Vorbildlicher Wiederaufbau der Gemeinde Wien.

Von Dr.-Ing. W. Rajerzitz.

Die Neubegründung der deutschen Wirt-schaft nach dem verlorenen Kriege ist in erster Linie ein technischer Aufgabenkomplex. Die wichtigsten der hier vorliegenden Probleme seien im folgenden kurz ange-deutet. Da sind zunächst die noch zahlreich vorhandenen Feld-länderen nutzbar zu machen, damit die der Ernährung dienende Ackerfläche vergrößert wird. Gleichzeitig sind die drängenden Fragen des Siedlungswesens und des Häuser-baus zu lösen. Das Verkehrsweesen ist zu verbessern und aus-zugestalten. Auf dem weiten Felde der Energieerzeugung und -verteilung liegen noch bedeutende Aufgaben vor. Es handelt sich hier um den Ausbau von Wasserkräften, um die Verbesse-rung der Ausbeute von Stein- und Braunkohlengruben, um die Errichtung elektrischer Großkraftwerke, elektrischer Ueber-landzentralen usw. Die Bewirtschaftung der Brennstoffe birgt noch viele ungeklärte Probleme in sich, sowohl in thermischer Hinsicht (rationellste Verwendung des in den Brennstoffen ge-bundenen Wärmegehaltes) wie auch unter chemischen Gesichtspunkten betrachtet (Gewinnung der in den Brennstoffen ent-haltenen wertvollen Einzelsubstanzen). Man kann die Summe der vorstehend angedeuteten Aufgaben in dem einen Satze zu-sammenfassen: Der Wirkungsgrad der Gesamtwirtschaft muß verbessert werden.

Welche Erfolge in der Aufbaubarbeit nach dem Kriege selbst unter den schwierigen Verhältnissen zu erreichen sind, zeigen die großen Leistungen der sozialistischen Ge-meindeverwaltung Wien. Diese Aufbautätigkeit steht unter Leitung des Stadtrates Genossen Dr. Breitner. Ich will mich im folgenden auf denjenigen Teil der kommunalen Arbeiten beschränken, die als produktiv im engeren Sinne zu bezeichnen sind.

Hier sind in erster Linie die städtischen Gaswerke zu nennen. Bis 1919 waren die Gaswerke im wesentlichen eine Gasdestillationsanlage. Die Nebenprodukte waren, technisch und finanziell, Nebenerzeugnisse des Destillationsprozesses. Dieser Zustand der Dinge hat sich vollständig umgekehrt. Die Gaswerke sind jetzt in der Hauptsache zu einer Benzol- und Teerfabrik verbunden mit einer Kokerei umgestaltet. Das Gas ist zum Nebenprodukt geworden. Die Benzolfabrik er-öffnete 1910 ihren Betrieb. Seitdem wird Benzol in einem Werte, der nach Milliarden von Kronen zählt, in das Ausland exportiert. Der Rest wird seit 1921 nach einem neuartigen Verfahren gewonnen und an die Alpine Montanengesellschaft, das größte Hüttenunternehmen Oesterreichs, geliefert, das da-durch von dem Bezuge von ausländischem Koks unabhängig geworden ist. Die Verarbeitung des Teers anfalls erfolgt seit Anfang 1922 in einer neuen Destillationsanlage. Diese bildet kein rein kommunales Unternehmen, sondern gehört der Teerag, einem privaten Unternehmen, an dem die Ge-meinde mit 40 Proz. des Kapitals beteiligt ist.

Da der größte Teil des österreichischen Brennstoff-bedarfs aus dem Ausland eingeführt werden muß, so hat die Gemeinde Wien die Hillingdorfer Braunkohlwerke, die gegen Ende des Krieges stillgelegt worden waren, wieder in Betrieb gesetzt. Dergleichen hat sie im September 1919 das Kohlenortommen im Abbaster Revier übernommen. Die Ausbeute der beiden Kohlenortommen wird zu einem großen Teil in den städtischen Elektrizitätswerken verwandt.

Die schwierige Brennstofflage hat die Gemeinde auch ver-anlaßt, den Betrieb ihrer Elektrizitätswerke nach Möglichkeit auf Wasserkraft umzustellen. Im Jahre 1921 begann die Stadt mit dem Ausbau der Gefällstufe der Nebs bei Opponitz für eine Leistung von 12000 Pferdestärken. Ferner wird das Hochquellenleitungswerk bei Riebenberg mit einer Leistung von 5000 Pferdestärken ausgebaut. Schließ-lich hat die Gemeinde noch mit den oberösterreichischen Wasser-kraftwerken einen Stromlieferungsvertrag abgeschlossen. Das Ergebnis dieser Umstellungsarbeiten läßt sich in folgenden Zahlen ausdrücken:

Im Jahre 1914 erzeugten die städtischen Elektrizitäts-werke Wien rund 211 Millionen Kilowattstunden. Hieran-stammten 97,2 Proz. aus Kohlen des heutigen Auslandes, nur 2,8 Proz. wurden aus Wasserkräften gewonnen. Im Jahre 1923 werden die Werke voraussichtlich nur noch 15 Proz. durch Auslandskohle erzeugen, während 85 Proz. aus inländischen Kohlen und Wasserkräften gewonnen werden.

Neben der Umgestaltung des Gas- und Elektrizitätswesens kommen noch verschiedene kleinere Unternehmungen in Betracht, die die Gemeinde Wien in den letzten Jahren allein oder in Verbindung mit Privaten geschaffen hat. Es handelt sich hier um die Errichtung großer Fruchtver-edelungsanlagen, ferner eines internationalen Holz-marktes als gemeinwirtschaftliche Anstalt und eines Ver-lagsunternehmens. Auch die Förderung der Wiener Messe, an der die Gemeinde beteiligt ist, und die Unter-stützung des Kleingartenwesens gehört in diese Kate-gorie. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die Gemeinde Wien die elektrische Stadtbahn, deren Betrieb wäh-rend des Krieges eingestellt war, vom Staate übernehmen und demnächst wieder in Gang setzen wird.

An der vorstehend geschilderten Sanierungsarbeit ist zu-nächst die Kühnheit bemerkenswert, mit der die sozialistische Rathhausmehrheit an die schwierigen Probleme des Wiederauf-baus herantrat, lange bevor die österreichische Politik durch die Genfer Abmachungen stabilisiert war. Die Um-stellung der Kohlen- und Elektrizitätswirtschaft ist von größtem

Um die deutsch-dänische Grenze.

Kopenhagen, 8. Januar. (M.) In einer Parliamentskonferenz in Elsterbod (Schweden) hielt Ministerpräsident Reer-gaard eine große politische Rede, in der er ausführlich auf die Frage der deutsch-dänischen Grenze einging, die, wie er sagte, das lokale Leben im Grenzgebiet mehr als nötig beein-flusse. Die dänische Regierung ebensowenig wie die öffentlichen Parteien Dänemarks könnten irgendeinen Versuch unterstützen, der mittel- oder unmittelbar darauf hinausgehe, eine Veränderung der Grenzführung herbeizuführen oder sich in die politischen Angelegen-heiten des Gebietes südlich der Grenze einzumischen. Nur, wenn man diesem Wege folge, könne man der von der Gegenseite aus-gehenden Agitation eine geschlossene Barriere entgegenstellen, und so nur auch könne man alle die Verdächtigungen aus deutscher Quelle zerstreuen, wonach Dänemark beabsichtige, die ausgedehnten inneren Schwärzgebiete Deutschlands dazu auszunutzen, um die ver-träglichen Grenzbestimmungen zu dänischen Gunsten zu ändern. Dänemark wünsche, nicht zuletzt in seinem ureigensten Interesse, daß Deutschland wieder eine wirtschaftliche und poli-tische Festigkeit in sich gewinne, und daß die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarvölkern sich so gut und freundlich wie nur möglich gestalten würden, aber die Tatsache könne nicht verschleiert werden, daß die vornehmste Voraussetzung hierfür, die heute noch nicht eingetroffen sei, die sei, daß Deutschland den Dänen südlich der Grenze dieselbe Gerechtigkeit widerfahren lasse, die es für die deut-schen Minderheiten nördlich der Grenze als selbstverständlich be-an-spruche.

Die belgische Antwort.

London, 8. Januar. (M.) Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, das belgische Kabinett habe gestern nachmittag den Wortlaut der belgischen Antwort auf die letzte deutsche Note fest-gesetzt. Die belgische Note besaße sich Punkt für Punkt mit den auf-geworfenen Fragen und sei im Charakter mehr technischer Art. Sie schloße ein eine Mitteilung der Bereitschaft der belgischen Regierung, mit den Vertretern der deutschen Regierung alle Maßnahmen zu er-örtern, die dazu angehen seien, eine Wiederaufnahme des Wirtschafts-lebens im Rheinland und im Ruhrgebiet zu erleichtern, ohne die französisch-belgischen Pfänderpolizei zu schaden. Eine Abschrift der Note ist Poincaré überreicht worden. Sobald er seine Zustimmung ausgedrückt hat, wird die Antwort Belgiens den deutschen Vertretern in Paris und Brüssel gleichzeitig übergeben werden.

Paris, 8. Januar. (M.) Nach dem „Echo de Paris“ wird Poin-caré Donnerstag oder Freitag nachmals seine Politik gegenüber Deutschland erläutern und dabei im besonderen darlegen, in welchem Geiste die Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 24. Dezember abgefaßt sei, die alsdann bereits überreicht sein werde.

Englische Besorranisse wegen der Pfalz.

London, 8. Januar. (M.) Der diplomatische Korrespondent der „Daily News“ schreibt, die Berichte über die separatisti-schen Umtriebe in der bayerischen Pfalz verurteilten in London Beforgnis. Die britische Regierung habe diplomatische Nachfragen an die französische und die belgische Regierung über dieses Problem gestellt. Verschiedene separatistische Gruppen seien seit Monaten äußerst tätig gewesen und hätten versucht, einen unab-hängigen Staat zu errichten, abgetrennt von dem übrigen Deutsch-land. Es sei kein Geheimnis, daß diese Tätigkeit durch die Fran-zosen und Belgier ermutigt werde. Bisher habe die britische Re-gierung, obwohl sie den Separatismus stark mißbilligte, eine etwas

zurückhaltende Stellung gegenüber den Zwischenfällen eingenommen, die außerhalb ihrer eigenen militärischen Zone vorfielen. Jetzt je-doch habe die Sache eine akute Gestalt angenommen, da die Se-parotisten in der Pfalz offizielle Aner-ennung seitens auswärtiger Regierungen zu erlangen suchten. Dieses schiene darauf hinzuweisen, daß sie möglicherweise einen Putsch vorbereiteten, obwohl dieser von dem größten Teil der Bevölkerung abgelehnt werde. Ihre unmittelbare Absicht sei, die Anerkennung von Seiten der Rheinlandkommission zu erlangen. Die Ansicht der britischen Re-gierung sei, daß es vollkommen gegen den Versailler Vertrag verstoßen würde, wenn irgendeine Körperschaft in der Rheinlandkommission diese Regierungsänderung anerkennen würde. Dem Berichterstatter zufolge besteht auch Grund zu der An-nahme, daß, obwohl die Separatisten durch die örtlichen französischen Behörden begünstigt würden, die französische Regierung keineswegs einmütig diese zerstörende Politik unterstütze. Die Opposition da-gegen umfasse einige der fähigsten Minister des Kabinetts Poincaré.

Die Engländer bleiben in Köln.

London, 8. Januar. (M.) Ähnlich wird gemeldet: In der Presse des Festlandes sind Nachrichten aufgetaucht und verbreitet worden, wonach die gegenwärtige englische Regierung einschloßen sei, die englischen Truppen aus dem besetzten Rheinland zurück-zuziehen und die englischen Vertreter aus der Reparationskommission und der Postkonferenz zurückzuberufen. Diese Nachrichten sind falsch.

Köln, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie die Rheinische Zeitung auf Grund eigener Information mitteilt, wird auch im Falle einer Arbeiterregierung in England nicht mit einer Abberufung der englischen Truppen aus Köln zu rechnen sein.

Tendenzumschwung an der Börse.

Stärkere Effektenverkäufe.

An der Börse hat sich heute ein bemerkenswerter Tendenz-umschwung vollzogen. Die Anlageläufe des Publikums sind an-scheinend beendet. Heute lagen aus Kreisen der Bankundhaft nur noch geringe Kaufordere für den Effektenmarkt vor. Infolgedessen schritt auch die Spekulation zu Abgaben, da sie im Hinblick auf die immerhin komplizierten Geldmarktwahlverhältnisse auf längere Sicht mit stillen Börsestagen rechnete. An der Börse ist zwar Geld zu Sägen von 14 bis 12 Proz. noch reichlich zu haben, doch beruht die Ge-samtwirtschaft vor allem die Industrie, über einen recht spürbaren Mangel an flüssigen Kapitalien. Infolgedessen sieht sich auch Handel und Industrie genötigt, weicher Effekten abzugeben. Die Tendenz war heute im Effektenmarkt ausgesprochen schwach bei verhältnis-mäßig geringen Umsätzen. Politische Momente, die eine Anregung hätten bieten können, lagen nicht vor. Die Tatsache, daß das Kabi-nett erneut in Beratungen über die dritte Steuerreformordnung usw. eintritt, wird natürlich von der Börse aufmerksam verfolgt. Man rechnet mit weiteren starken Belastungen der Wirtschaft. Sehr wesentlich für die Gesamtlage des Effekten-geschäftes ist der Umstand, daß die kleinen Aktienbesitzer bestrebt sind, vor Beginn der Zusammenlegungsperiode ihre Einzeltaktien möglichst abzuschließen, da sie befürchten, daß die Kurse nach Ankündi-gung der Zusammenlegung noch mehr gedrückt werden.

Im Devisenverkehr zeigt sich ebenfalls ein weiteres Nachlassen der Kaufordere. Die Umsätze waren heute ziemlich ge-ring. Die Kurse und Zuteilung blieben fast ausnahmslos un-geändert.

Rugen nicht bloß für die Gemeinde selbst, sondern für die ganze österreichische Volkswirtschaft; denn sie verbessert wesentlich die Handels- und Zahlungsbilanz des Landes. Sie vermindert auf der einen Seite den Kohlen- und Koksimport und schafft auf der anderen Seite wertvolle Exportartikel wie Benzol, Teer, Triolein usw. Vor allem aber ist charakteristisch — darin liegt wohl das Hauptbedienst des Genossen Dr. Breiter —, mit welcher Virtuosität die sozialistische Gemeindeverwaltung alle Mittel der kapitalistischen Wirtschaft und Geschäftstechnik in den Dienst ihres Gemeinwohls stellte. Sie begründete ihre Unternehmungen, je nachdem die Verhältnisse es gestatteten, auf rein kommunaler oder auf gemischtwirtschaftlicher, d. h. öffentlich-privater Basis.

Kamraj MacDonald äußerte kürzlich in einem politischen Aufsatz folgenden Gedanken (ich zitiere aus dem Gedächtnis dem Sinne nach): Die englische Arbeiterpartei, wenn sie an die Regierung käme, würde sich nicht einbilden, die Welt von Grund aus neugestalten zu können. Sie würde vielmehr einen Komplex gegebener Verhältnisse vorfinden, mit dem sie zunächst als mit einer Realität zu rechnen hätte.

Was hier von den politischen Realitäten gesagt wird, gilt nicht minder von der Welt der ökonomischen Tatsachen. Die Umgestaltung der Wirtschaft im sozialistischen Sinne ist nicht anders denkbar, als daß wir das ganze kapitalistische System mit allen seinen Macht- und Hilfsmitteln, so wie es existiert, sach- und sachgemäß handhaben lernen, nicht zum Nutzen irgendwelcher privater Gruppen, sondern zum Wohle der Gesamtheit. Wie hierbei vorzugehen ist, dafür bietet das Beispiel der Gemeinde Wien bedeutsame Anregungen.

Eine Studienreise nach Wien unternahmen in diesen Tagen eine ganze Reihe bekannter deutscher Kommunalpolitiker aus dem Kreise des Vereins für Kommunalwirtschaft, u. a. auch der Berliner Kammerer Dr. Karbing. Die Studienreise hat den Zweck, die Erfahrungen und Methoden der Gemeinde Wien beim Übergang zur stabilen Währung zu untersuchen. Sie ist gleichzeitig ein ehrenvolles Zeugnis für das Ansehen, das die sozialistisch geleitete Gemeindeverwaltung Wiens wie im übrigen Ausland so auch in Deutschland findet.

Vom „Ordnungsblock“.

Die antisozialistische Koalition in Thüringen.

In der „Völkischen Zeitung“ sucht Professor Dr. Slottz, der sich selbst als „Vorherrschender des Landesverbandes der Deutschnationalen Partei“ bezeichnet, den demokratischen Lesern in Berlin die Notwendigkeit des sogenannten „Ordnungsblocks“ in Thüringen zu beweisen. Durch nichts wird schärfer unsere Verurteilung der Kleinstatelei unterstrichen, als durch solche auch-demokratischen Beweisführungen, wie sie dieser Professor Slottz in einem angesehenen Blatte niederlegen darf. Was an kleinlichen Klatschgeschichten gegen die sozialistische Thüringer Regierung seit Jahren vorgebracht wurde, trägt Herr Slottz getreulich zusammen. Daß die Sozialdemokraten ernsthaft daran gingen, in einer Republik auch republikanische Beamte zu schaffen, macht ihnen dieser Luchdemokrat zum Vorwurf, ganz nach deutschnationaler Manier, wie wir sie aus Preußen genugsam kennen. So sagt Slottz:

„Es wurden Stellen nur zu dem Zwecke neu geschaffen, um Parteifunktionäre unterzubringen. Besonders verlegend wirkten die zahlreichen Berufungen auswärtiger Sozialisten, welche diesen Landesleitenden die Möglichkeit des Aufstiegs und der Verjüngung nahmen und allein schon an Umzugskosten dem Lande eine riesige Summe kosteten.“

Man denke: weil „Landeskinder“ nicht „verjüngt“ wurden, deshalb Kreutz der „Demokrat“ nach dem „Ordnungsblock“. Die Verjüngung über alles! Nur thüringische Sozialisten dabei sein!

Die Tatsachen sind in Wirklichkeit diese: Weil die Demokraten in Thüringen wie anderswo als dauernd schwankende Gestalten völlig abgewirkt haben, deswegen erblickt sie im Ordnungsblock, der ihnen wenigstens ihre drei Mandate

garantiert, die einzige Rettung für Thüringen. Darüber hinaus aber fordert Herr Slottz den Reichskommissar, damit die „Klassenherrschaft“ der sozialdemokratischen Regierung beseitigt werde.

Es ist ein nettes Spiel des Zufalls, daß am gleichen Morgen, an dem Herr Slottz in der „Völkischen“ seine Propaganda für den antisozialistischen Ordnungsblock produziert, auch die völkisch-deutschnationale „Deutsche Zeitung“ in einem Thüringer Brief sich mit dem gleichen Thema beschäftigt. Da wird nun über den Ordnungsblock der Demokraten folgendermaßen abgeurteilt:

„Man soll keineswegs besirren werden, daß die Lage der vaterländischen Parteien in Thüringen schwierig ist. Nicht zum mindesten durch den großen Fehler, die Demokraten in den Ordnungsblock einzubeziehen. Die Demokraten sind keine Ordnungspartei, sondern bloß eine Hilfstruppe der Not. In Thüringen ganz besonders... Die rechtsstehenden Parteien haben jedenfalls nichts von ihnen zu erwarten. Da die Demokraten außerdem als Spitzenkandidaten einen Juden, den Jenaer Professor Rosenthal, aufgestellt haben ist es nicht nur verständlich, sondern durchaus berechtigt, daß die völkischen Wähler einen derartigen Ordnungsblock rundweg ablehnen.“

Der einzig richtige Ausweg wäre deshalb, die Demokraten völlig auszuschalten. Mögen sie bestimmen, wie sie wollen. Ist eine nichtmarginalistische Mehrheit ohne sie unmöglich, so würde das eigentlich nichts an der Sachlage ändern. Eine antimarginalistische Koalition mit Einschluss der Demokraten ist doch nichts weiter als eine elende Heuchelei. Im vorliegenden Falle außerdem eine Ueberfälschung der Wähler und eine Förderung jüdischer Schacherpolitik.“

Zum Schluss wird noch einmal die unterstrichen, daß am Wahltag der Sieg dem „wahren Ordnungsblock“ gehören müsse, nämlich dem „Block ohne Juden und Demokraten“!

Wenn sich die Thüringer „Juden und Demokraten“ in einem solchen Block wohl fühlen, so muß ihnen das überlassen bleiben. Es ist aber nichts Bezeichnender, als daß die Partei, die zu ihren Gründern den Schöpfer der Weimarer Verfassung zählt, bisher nichts, aber auch rein gar nichts unternommen hat, um das unangenehme Material im Lande zu verbrennen, das in den Denkschriften der Thüringer Regierung über die unzähligen Eingriffe der Reichswehr in das Verfassungsleben des Landes niedergelegt ist. Augenscheinlich ist den Thüringer Luchdemokraten wichtiger, von den Völkischen „liebvolll“ behandelt zu werden, als die Verfassung zu schützen, die von einem ihrer besten Köpfe entworfen ist.

In dre heutigen Sitzung des Reichskabinetts soll die Entscheidung über die weitere Behandlung der thüringischen Regierung fallen. Die thüringischen Minister Fröhlich, Hartmann, Grell und Dr. Rittweger sind wieder in Berlin eingetroffen und für heute nachmittag in die Reichskanzlei zu weiterer Verhandlung berufen.

Völkische Ehrabschneider.

„Die Vogelfreiheit fremder Ehre“.

Das Verleumden und Beschimpfen der Sozialdemokratie, ihrer Politik und ihrer Führer gehört zum obersten Gebot der deutschvölkischen Putschpolitik. Sie kann ohne die tägliche Lüge gegen die Sozialdemokratie nicht leben. Das Verleumden scheint ihnen damit zur Gewohnheit zu werden. Die Spalten ihrer Blätter und Blättchen sind nicht minder voll mit gegenseitigen Beschimpfungen der tausend Richtungen. Offenbar will man eben vor der „Ergriffung der Macht“ einen Vorgesmack von dem geben, was die Deutschvölkischen unter „Volksgemeinschaft“ verstehen. An Stelle des niederträchtigen von den „Marristen“ erfundenen „Klassenkampfes“, den die deutschen Unternehmer jetzt so intensiv betreiben, tritt bei ihnen die völkische Ehrabschneider. Heute widmet die „Deutsche Zeitung“ noch ihrem kostbaren Raum eine ganze Spalte der temperamentovollen Abrechnung mit den acht teutschen Kampfmethoden der

Walla, Graefe usw. Irrendem in Dahlem wohnender völkischer Häuptling und Botaniker hat über den Hintermann der „Deutschen Zeitung“, den alldeutschen Rechtsanwalt Clah (er soll nicht ganz judenrein sein. D. Red.) Schandbares behauptet und zögert mit der Zurücknahme seiner Verleumdungen. Darob entbrüstet sich die „Deutsche Zeitung“ wie folgt:

„Aus diesem Verhalten ergibt sich, wie weit gewisse Kreise in ihrer Auffassung von der Vogelreihe fremder Ehre heute gekommen sind! Man verleumdet tapfer darauf los, indem man solche Nachrichten weitergibt, ohne sich über ihre Zurechnbarkeit zu vergewissern, und stellt dann dem Verleumdeten gnädigst anheim, seinerseits den Unschuttsbeweis zu führen! Und dies alles in der Absicht, um die völkische Sache vor dem Schaden zu schützen, der vor den Augen der Vaterlandsliebenden Formorene ihr angeblich zufügen oder zuzufügen drohen. Das ist Verleumdung auf den Gipfel getrieben und beweist, bis zu welchem Grade völkischer Fanatismus und persönliche Geizgier die alten Ehrbegriffe verwirrt haben. Wohin sollen wir kommen, wenn diese Methode allgemeiner angewendet wird?“

Glaubt die „Deutsche Zeitung“ wirklich, daß die Ehrbegriffe, die gegenüber den eigenen Kreisen ebenso ins Wanken geraten sind, besser halten, wenn es den Kampf gegen „Marristen“, „Juden“, „Demokraten“ und andere Todfeinde des Kaisers Raubendreher gibt? Wir glauben es kaum. Die „Deutsche Zeitung“ charakterisiert eben die deutschvölkischen Feinden ganz richtig. Ihre Vaterlandsliebe und ihr Sinn für Völkergemeinschaft erschöpft sich leider in Ehrabschneidererei gegen jeden, der ihren hirnverbrannten Bildsinn nicht glaubt. Er muß — nach dem Worte eines Münchener Führers — „hingerichtet“ werden — dann erst sind wir ein deutsches Volk!

Deutschnationaler Beamtenabbau.

In der „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ veröffentlicht der deutschnationalistische Reichstagsabgeordnete Degler Richtlinien für den Beamtenabbau, wie sich die Deutschnationalen ihn denken. Als wichtigsten Punkt aus dem Sammeljurium kann man wohl den folgenden ansehen:

„Die seit der Revolution und während des Krieges aus anderen Berufen in die Behörden übergetretenen Personen, insbesondere solche ohne Vorbildung, sind in erster Linie zu entlassen, bzw. in den einflussreichen Ruhestand zu versetzen. Jedemfalls muß erst dieses Mittel zum Abbau erschöpft sein, bevor einer der Beamten, für den die Beamtenaufbahn Lebensberuf ist, aus dem Amte entfernt wird.“

Weiter wird „Beseitigung aller Einzelfunktionen, die seit der Revolution aus politischen Gründen geschaffen sind“, gefordert. Man sieht daraus ganz deutlich, worauf es den Koalitionären bei dem Beamtenabbau ankommt. Sie möchten mit ihrem sogenannten „altpreußischen“ Beamtenstamm wieder ganz unter sich sein, so daß die Republik in „sicheren Händen“ wäre! Diese Richtlinien der Deutschnationalen gewinnen um so stärkeres Interesse, als der gegenwärtige Reichsminister Jarres der Partei nicht fern steht. Jarres hat ja in seinem Duisburger Bürgermeisteramte die Eingriffe einer fremden Gewalt genügend kennengelernt und ist durch sie sogar von seinem Posten entfernt worden. Er scheint an diesen Dingen Befallen gefunden zu haben, denn er erweist sich in dem Thüringer Fall als ausgesprochener Scharfmacher, der die Thüringer Regierung behandeln möchte wie etwa General Dognon ihn selbst behandelt hat.

Bleibend ist auf diese Stimmung auch die Tatsache zurückzuführen, daß das gegenwärtige Reichskabinett zu Beamtenabbaukommissionen ausgerechnet drei ganz rechtsgerichtete ehemalige Staatssekretäre ernannt hat, die von sozialistischen Ministern veranlaßt wurden, ihren Rücktritt zu erklären. Es handelt sich um die Staatssekretäre Lemald, v. Besser und Busch. Die beiden ersteren waren im Reichsministerium des Innern, der letztere im preußischen Finanzministerium tätig. Wegen ihrer antirepublikanischen Haltung mußten sie demissionieren. Jetzt sind gerade sie bestimmt worden, den Beamtenabbau zu leiten, wobei über niemand erfreut sein wird als die Deutschnationalen Partei, deren Richtlinien wahrscheinlich für die Abbaufunktion einen willkommenen Beifall finden werden.

Zwölfhundert Landesverräter.

Von Hans Bauer.

In dem prächtigen Chaplin-Film „The Kid“ gibt es eine unfähig lustige Szene zu sehen, Chaplin ist da gerade in der Herberge, in der er gefangen ist, damit beschäftigt, sich auszuflüchten, als er plötzlich bemerkt, daß die Hand seines Schlafnachbarn sich in seiner Westentasche zu schaffen macht.

Chaplin könnte ja nun Krach schlagen und den Schuttmann holen; aber da er die beruhigende Gewissheit hat, daß der Nachbar doch nichts bei ihm findet, verzichtet er auf solche Unförmlichkeiten und läßt ihn ruhig weiter gewähren.

Das ist freilich der lustige Chaplin, der so lächelnd vernünftig handelt.

Hingegen Deutschland... In Deutschland schwächen ausgebildete zwölfhundert Landesverräterprozesse. Soviel, daß das Reichsgericht den Andrang schon nicht mehr bewältigen kann und sich zu der Notmaßnahme gezwungen sieht, sie an andere Gerichte abzugeben.

Zwölfhundert Landesverräter! Daran interessiert nicht so sehr die Tatsache, daß es soviel schlechte Kerle unter uns gibt, als die, daß es hier zu Lande zwölfhundertverräter zu geben scheint, was vertrieben werden kann. Was das alles sein könnte? Festungen, Forts gibt es nicht mehr, deren Zeichnungen in fremde Hände gespielt werden könnten, Aufmarschpläne für einen Kriegszug dürften immerhin auch nicht existieren, Angaben über Heeres- und Marinestärke kommt alles nicht in Betracht, wo internationalisierte Kontrollkommissionen jederzeit nachprüfen können, wie es in die Einhaltung der Vertragsbestimmungen steht.

Was also kann es in einem Deutschland zu verraten geben, das aus allen möglichen Gründen, nicht aber zuletzt aus solchen patriotischer Rücksichtserwägungen mit offenen Karten spielen sollte? So wenig, sollte man meinen, gibt es hier zu verraten, wie es in Chaplins Taschen zu maufen gibt.

Trotzdem noch dieses kindliche Räuber- und Soldatenspiel! Trotzdem noch dieses nichtig wichtige Getue! Trotzdem noch mitten in der Tragödie ein Affenbrot.

Es hier man den lustigen Chaplin sieht, um so mehr erkennt man den lächelnden Ernst, der hinter seinen Späßen steht. Je mehr man sich dieses Deutschland beguckt, um so deutlicher erkennt man die Unmöglichkeit, auf der seine Tragik beruht.

Es ist vorstellbar, daß irgendeine vernünftige Regierung eines Landes, das in der Lage Deutschlands ist, einen höflichen Ausruf an die Herren Landesverräter ergehen läßt, sich in ihrer Tätigkeit bitte keine Beteiligungsunterlagen da sie in ihrem laubenen Gewissen zu mit allen Geheimnisstrammreimungsgedrohen habe und selber verurteilt zu werden zu erfahren, was es auszuplaudern gäbe.

Über natürlich, solch eine vernünftige Regierung ist nur in einem komischen Film und niemals in einem ernsten Lande zu denken.

Am Sarkophage des Tutanchamon.

Es ist bereits kurz gemeldet worden, daß man nunmehr bis zu dem Sarkophage des Pharos Tutanchamon vorgedrungen ist und ihn vollkommen unberührt gefunden hat. Der Berichterstatter der „Times“ entwirft von diesem großen Augenblick ein podendes Bild: „Um 3 Uhr stiegen alle in das Grab hinab. Es war ein Augenblick, den alle Teilnehmer nicht so bald vergessen werden... Wie wir so in dem engen Durchgang nach dem Grabgemach standen, glänzte vor uns der große vergoldete Schrein mit seinem herrlichen Schmuck von blickigen Juwelen und leuchtenden Sagen. Da die Türen vor dem ersten Schrein entfernt worden waren, so sahen wir jetzt die Türen des zweiten Schreins in voller Ausdehnung vor uns, ganz verguldet, über und über bedeckt mit einschmeichelnden Reliefszenen, die Tutanchamon in verschiedenen Stellungen der Götterverehrung zeigten. Unten und oben war die Tür mit elfenbeinernen Ringeln befestigt, an denen das Siegel noch unberührt war. Sorgfältig wurden die Schnüre gelöst, die Riegel fortgezogen, und die Türen öffneten sich, um einen dritten Schrein zu enthüllen, ganz ähnlich im Schmuck wie die beiden anderen. Bei jedem folgenden Schrein war das Gold klarer und heller, und da die einander folgenden Türen offenstanden, ihre inneren Seiten mit Gold bedeckt wie die äußeren, so war das Bild glanzvoll, großartig, fast blendend in seiner Wirkung.“

Noch einmal wurden die Riegel zurückgezogen und die Wappenschnur gelöst — dann waren die Türen des dritten Schreins geöffnet, einen vierten Schrein freiliegend, der ebenfalls aus Gold ist, nur noch glänzender als der frühere. Auch hier die Ebenholzriegel, aber kein Siegel. Nun waren zwischen uns und dem Herzen des Grabes nur noch die Türen, die die Gestalten der Schutzgöttinnen mit ausgestreckten Flügeln zeigten, der eigentlichen Wächterinnen am Grabe. Der große Augenblick war gekommen, und wir alle warsten mit höchster Spannung. Die Riegel der letzten Tür wurden beiseite gezogen, die Türflügel öffneten sich langsam, und da stand, den ganzen Raum hinter dem vierten Schrein ausfüllend und jedes Weiter-schreiten versperrend, ein ungeheurer Sarkophag von kristallhellem Sandstein, unberührt, der Dedel noch fest an seiner Stelle. An den Ecken, im plastischem Relief modelliert, waren Gestalten von vier Schutzgöttinnen aus dem Stein des Sarkophags selbst herausgehauen, Arme und Flügel über die Seiten des Sarkophags ausstreckend. Die mächtige und wunderbare Arbeit, die prachtvolle Art des Schmuckes und der Skulptur, der strahlende Glanz der goldenen Türen und der Wände der verschiedenen Schreine, all das verschmolz zu einem großartigen Eindruck in dem mystischen mauefarbenen Licht, das der elektrische Reflektor hinter uns über die Szene warf.“

Ein Jubiläum der Pantomime. Die englische Weihnachtspantomime, die unter den festlichen Veranstaltungen des Christfestes in England eine so wichtige Rolle einnimmt und von Alt und Jung eifrig besucht wird, blüht in diesem Jahre auf ein denkwürdiges Jubiläum zurück. Es ist nämlich gerade 200 Jahre her, daß die erste wirkliche Weihnachtspantomime im Londoner Drury Lane-Theater aufgeführt wurde. Diese 1723 gespielte Pantomime führte den Titel „Harlekin als Doktor Faust“, behandelte also

den Faust-Stoff, der in England seit dem Drama Marlowes so beliebt war, wie in seinem Heimatland Deutschland, und in ähnlicher Weise durch Puppenspieler verbreitet wurde. Der Veranstalter der Aufführung war der Tanzmeister John Thurmond, und er hatte in dieser ersten Pantomime das Faust-Thema mit den damals beliebtesten Figuren der italienischen Strohreifentänze verknüpft, so daß als treuer Diener und humorvoller Begleiter des Doktor Faust nicht der altpreussische Hanswurst, sondern Harlekin erschien und außerdem auch noch Pantaleone, Kolombine und die anderen Gestalten der Commedia dell'Arte mitwirkten. In den nächsten Jahren trat ein Nebenbuhler auf, der ebenfalls eine Pantomime „Der Faubertänzer“ oder „Geschichte von Doktor Faust“ auführte und dabei eine ungewöhnliche Probe der Ausstattung einstellte. Der Clown, der heute die wichtigste Rolle in der Weihnachtspantomime spielt, trat erst zu Anfang des 19. Jahrhunderts an die Stelle des Harlekin.

Der Jahnpuiser-Berg. Eine der größten Naturmerkwürdigkeiten in der Welt ist der „Jahnpuiser-Berg“ zu Arigna in den Vereinten Staaten. Der Berg liegt in der Nähe von Tonopah, dem größten Silberbergwerk in der Welt, und nicht weit von den berühmten Conada-Minen, bei denen Mark Twain bereits seine journalistische Laufbahn begann. Die Entdeckung des überaus nützlichen Stoffes, aus dem der bisherige Radium gewonnen wurde, besteht in diesem Falle verdaulich. Schon seit einiger Zeit wußte man, daß Steine des Berges, die zu Pulver zerstoßen werden, die durch Tabakrauchen braun gemachten Zähne sehr rasch und gründlich in schneeweiße verwandeln, aber daraus die praktischen Vorgehensweisen zu ziehen, war einer Frau Josephine Robinson vorbehalten. Sie ließ sich mit ihren schätzlichen und leuchtenden Photographien und machte dafür Bekanntschaft, daß sie diese Schönheit nur dem Jahnpuiser des Radium Superdient verdanke. Auf die Welt überzeugte sie einige Geschäftsleute davon, daß der Berg weitaus wertvoller Reichthümer enthalte als eine Goldmine, und nun begann die industrielle Ausbeutung, die zur Anlage von großen Jahnpuiserfabriken in der Umgegend geführt hat.

Lebensbeobachtung der Vögel. Wichtigkeit: Am 10. Januar leitete Herr Reder in Reichen (L. Wälder, Mitteldeutschland). Der Reiter in der Schulhaus Gasse. Die Fische-Ramin in Wittenberg (an Götter-Panorama).

Die Schaubühne im Neuen Theater am Zoo bringt als nächste Veranstaltung „Sollung an! Sagen“ unter der Regie von Heinz Goldberg Mittwoch nachm. 7 1/2 Uhr.

Müll. Broderien veranstaltet unter Mithilfe von Gitta Eberlein am 11., 15. und 18. Januar im Bücherverlag drei Vorträge zu populären Preisen. Programme: I. „Die Winterreise“, II. „Schwanengesang“, III. „Schubert“ Ernst.

Das Berliner Sinfonie-Orchester gibt in dieser Woche ein Konzert in Danks. Die für diese Woche angelegten Volks-Tanzmusik-Konzerte müssen deshalb ausfallen.

Die Vorzüge der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft können nicht mit einem Wortes von Vol. 2. Seite. Die Denkmäler der völkischen Kunst im 18. bis 17. Jahrhundert mit 100 Bildern, im Auditorium Maximilian (Nr. 123) der Universität, abends 7 1/2 Uhr. Gölle willkommen.

Nach „Tiefstein“ geschickt!

Aus den Geheimnissen des Fememordes.

Man schreibt uns:

Die Organistoren der Fememorde, die Dr. Ruge, Kiefer usw., bezeichnen die Angaben des in dem Nordprozeß zu Ruffe Angeklagten Baer („Nordwärts“ Nr. 4, Abendausgabe) über die Hinrichtung Samsons als „ganz phantastische Erfindungen“. Die Leute vergessen, daß sie schon Anfang September 1921 als Fememörder durch die „Münchener Post“ entlarvt worden sind.

Am 4. September 1921 brachte die „Münchener Post“ das Todesurteil, das über den Freiwilligen Stefan verhängt worden war. Stefan sollte, wie es in dem an Geheimrat Berger (Dr. Ruge) geschickten Telegramm hieß, nach „Tiefstein“ geschickt werden. Der Ausdruck „Tiefstein“ schreibt sich daher, daß die Abzirkung Friedrich des Freikaisers Oberland einen Herrn Sochstein hatte, den sie „wegen Demunlation“ erschließen ließ.

Das „Murtkommando“, das Hinrichtungskommando, der Oberlandorganisten hat zahlreiche Morde auf dem Gewissen. So wurden, wie Paul Kampffmeyer in seiner Schrift „Der Faschismus in Deutschland“ aufzählt, der Spöthelerlehung Karl Görlitz und Stefan Stellmach auf der Straße von Schönau nach Rastatt erschossen. Am 3. Juli 1921 wurden sechs junge Männer der Nachrichtenzentrale Oberland überlistet und erschossen. Diese Taten sind bereits im September 1921 der Münchener Polizei bekanntgegeben worden.

Die Münchener Polizei hat die Schuldigen nicht verfolgt, nein, sie hat diese direkt protegiert. Der Mann, der genaue Angaben über die Morde der Ruge und Genossen gemacht hatte, wurde den Oberländern genannt, und diese verfolgten und bedrohten ihn!

Die „beleidigten“ Oberländer, die sich als Richter und Henker in eigener Sache aufgepisst hatten, wagten gar nicht, eine Klage gegen die „Münchener Post“ anzuführen. Diese Tatsache konstatierte der Abg. Dill im bayerischen Landtag. Gewisse Häupter der Polizei waren in offenen Bunde mit den Oberländern. Deshalb kann Ruge auch heute noch alles bezweihen.

Die Zwangsarbeit der Erwerbslosen.

In der Verordnung über die Anbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 ist im § 9 die Pflicht der Erwerbslosen zur Annahme von Arbeit auch außerhalb von Beruf und Wohnort bei Arbeiten mit gemeinnützigem Charakter ausgesprochen. Die Handhabung dieser Bestimmung in der Praxis hat zahlreiche Beschwerden hervorgerufen. So ist nach Pressemeldungen von erwerbslosen Buchdruckern, die für Arbeiten im Freien ungeeignet sind, Schneeflocken verlangt worden, was den Tod eines Erwerbslosen zur Folge hatte. Auch wird darüber geklagt, daß öffentliche Körperstellen, um Arbeiten billiger herzustellen, die Einstellung von Arbeitern veranlassen, um später dabei Erwerbslose zu den Sägen der Erwerbslosenfürsorge zu beschäftigen.

Diese Mißgriffe der Verwaltung der Arbeitsämter und der öffentlichen Behörden sind anlässlich des sozialdemokratischen Antrags auf Abänderung dieser Verordnung im Räteparlament des Reichstags Gegenstand eingehender Besprechungen gewesen. Die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ausschusses haben die durch die Presse bekannt gewordenen Fälle einer scharfen Kritik unterzogen. Sie haben nicht nur Abhilfe in diesen Fällen verlangt, sondern auch Änderung der gesetzlichen Bestimmungen. Denn der § 9 in seiner gegenwärtigen Fassung ist so behaßt, daß er willkürlichen Auslegungen Tür und Tor öffnet. Will man Mißgriffe in der Praxis vermeiden, dann muß man in der Verordnung die Voraussetzungen näher umschreiben, unter denen den Erwerbslosen eine Arbeit zugewiesen werden kann. Ein Antrag, die bestehenden Vorschriften über die Zuweisung von Beschäftigung an Erwerbslose derart zu gestalten, daß die mißbräuchliche Anwendung möglichst ausgeschlossen ist, fand Annahme. Wo sich trotzdem fernerhin solche Mißgriffe der Behörden zeigen, ist eine Darbietung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur weiteren Verfolgung angebracht.

Wer wird Vorsteher?

Während die „Vollständige Zeitung“ sehr im Gegensatz zu ihrer sonstigen politischen Haltung in ihrem isolierten Teil schüttern und verschämen die Politik des Bürgerblocks im Berliner Rathaus anlässlich der am Donnerstag stattfindenden Stadtverordnetenwahlversammlung, veröffentlicht die „Morgenpost“ einen sehr vernünftigen Artikel, der aus grundsätzlichen Erwägungen dafür eintritt, daß man den Kandidaten der Sozialdemokratie als den der größten Partei zu wählen habe. Genau wie eine Reihe anderer Blätter bestätigt die „Morgenpost“, daß gegen die Person des von der sozialdemokratischen Fraktion präsentierten Kandidaten „nicht das geringste eingewendet wird und auch nicht eingewendet werden kann“. Es bestehe die Gefahr, daß „der fraktionellste sich neu stärke“ und die Bildung eines über diesem Geiste der Kleinlichkeit erhobenen Bürgergeistes dauernd häre.

Die Sozialdemokratie ist nun einmal die stärkste Fraktion in der Bevölkerung, und es wäre ein wesentlicher Schritt zur Befreiung bürgerlichen Lebens, wenn nun zu dem alten Brauch zurückgekehrt würde, die Präsentation der stärksten Fraktion zu respektieren, wodurch ja niemand seiner anders gerichteten politischen Überzeugung etwas vergeblich. Herr Schöler hat in einem Klamm, der sich im bürgerlichen Leben bewährt hat. Er ist Vorsitzender des Ethographenverbandes, hat sich also das Vertrauen von Mitbürgern erworben, die nicht im Verdacht stehen, leichtfertig ihr Vertrauen zu vergeben. Jedoch wäre die Ablehnung des Herrn Schöler durch die Bevölkerung eine partizipatistische Demonstration, die böse Folgen haben würde.

Die „Morgenpost“ transkribiert die Gründe einer Reihe von bürgerlichen Fraktionen, die „aus reiner Sentimentalität“ Herrn Dr. Caspari wiederwählen wollen, weil man ihm den Schmerz einer Nichtwiederwahl nicht antun will.

Nach diesem Gesichtspunkt hat man in früherer Zeit sogar vielfach Stadtverordnete gewählt, die längst hätten „ad acta“ gelegt werden müssen; aber man wollte ihnen den Schmerz nicht antun. Das ist aber eine Anschauung, die jetzt endlich überwunden werden muß. Herr Dr. Caspari wird dadurch nicht infamiert, daß er nicht wiedergewählt worden ist, sondern er bleibt, der er ist, ein ehrbarer Bürger, der seiner Stadt treu gedient hat und weiter dienen wird, auch wenn er nicht Stadtverordneter mehr ist. Wenn er annehmen möchte, daß seine Wiederwahl nur deshalb erfolgt, weil man ihn nicht fränken wollte, dann wäre die Wahl ihm wohllich keine Ehre.

Bitte aufpassen, daß das Farbband von der rechten Spule nicht herunterfällt. Links passiert es nicht.

Reichstagswahlen im Mai? Der demokratische Zeitungsdienst bezeichnet es als wahrscheinlich, daß die Reichstagswahlen im Mai stattfinden. Inwieweit sei es möglich, daß eine vorzeitige Auflösung erfolge und daß die Reichstagswahlen dann sehr rasch abzuwickeln sind, da die Fraktionen wesentlich verkürzt sind.

Die eingeschneite Stadt.

In früheren Jahren begann man sich in den meisten Fällen erst um diese Zeit des Jahres auf den Winter einzurichten. Diesmal haben wir ihn nun schon bald drei Wochen und es gewinnt den Anschein, als ob er sich so bald noch nicht zum Abschied verstehen wird. Hat es sich mal ausgezehrt, so jetzt sofort wieder fürchterlicher Frost ein, hat es sich „ausgetrostet“, so kommt, wie in der letzten Nacht, sofort wieder ein starker Schneefall. So geht das nun schon wochenlang und die Voraussetzungen der Winterferien für Berlin und Umgebung lauten weiter auf Frost und Schnee. So herrscht nun der Schnee von allen Winterportieren und denen, die es zu sein glauben, willkommen geheißen wird, so hübsch er die verschmutzten zerbröckelnden Berliner Häuser auf Gefirn und Versprünge verzärt, so unangenehm macht er sich, je länger je mehr, im Verkehr bemerkbar. Noch immer nicht sind die Innenstraßen von den alten verschmutzten und verschmutzenden Schneehaufen befreit, die von Zeit zu Zeit durch einen neuen Schneefall überdeckt werden und bei einem endlichen Durchbruch eine interessante „Schichtenbildung“ zeigen. Noch immer nicht sind die Fahrdämme von der fortgesetzt dicker werdenden vereisten Schneeschicht befreit. Noch immer nicht werden die Bürgersteige rechtzeitig und genügend von Schnee und Glätte befreit, und es scheint, als ob die Polizei, die hier für Ordnung zu sorgen hätte, ganz andere Sorgen hat als die Passanten und behinderten Kriegsbeschädigten vor schweren Stürzen zu schützen. Derartige Zustände, wie sie jetzt besonders in manchen Vororten eingetreten sind, daß die Bürgersteige gereinigt und gestreut werden, wie es den Besitzern gerade paßt oder nicht paßt, gehören zu den Unerträglichkeiten, die, je länger je mehr, verstümmeln wirken. Rechtzeitige und schnelle Vorbeugung sollte auch hier das oberste Gebot sein. Es ist jetzt in der Tat höchste Zeit, daß hier endlich durchgegriffen wird. Rückwärts hat man bald drei Wochen lang genug warten lassen. Zur Reinigung der Straße hat man inzwischen etwa 1500 Erwerbslose eingesetzt. Auch sind seit heute früh sämtliche Schneepflüge in Betrieb, um der erneut niedergegangenen Schneemassen Herr zu werden. Gleichzeitig will man jetzt endlich an die Befreiung der alten, besonders im Stadtinnern aufgehäuften Schneehaufen herangehen. Schnelle und gründliche Hilfe der behördlichen Organe und der privaten, zur Reinigung verpflichteten Besitzer tut aber auch dringend Not, damit Berlin bei eintretendem Tauwetter nicht in einem Schneepfump versinkt.

Störungen im Eisenbahnverkehr.

Die riesigen in der letzten Nacht niedergegangenen Schneemassen haben die bereits vorhandenen Schwierigkeiten in der Abwicklung des Bahnverkehrs ganz bedeutend verstärkt. Von allen Seiten kommen aus dem Reich Meldungen über Verkehrsbehinderungen durch den Schnee. Vor allem leidet die Anstöße aus dem Osten: an den Übergangsstellen von Polen nach Deutschland kommen Zugverspätungen bis zu sieben Stunden vor. Ein Teil der polnischen Bahn ist überhaupt gesperrt, namentlich kleinere Nebenbahnen. Auch in Oberschlesien hat ein starker Schneesturm erneut große Schneemengen gebracht. Erst seit Montagabend ist dort die Witterung etwas günstiger geworden. Dagegen wird heute vorwiegend wieder aus Schlesien ein neues Schneetreiben gemeldet. Auch aus dem Bezirk Stettin der Reichsbahn liegen Meldungen über Störungen und Stilllegung einzelner Strecken vor. In Pommern hat die Gegend von Bütow, Lauenburg und Stolpmünde am meisten zu leiden. Auf der Strecke Stolpmünde—Schlawe blieb ein Personenzug im Schnee stecken. Erst nach stundenlangem Arbeit gelang es, ihn auszuheben und nach der Ausgangsstation zurückzuführen. Noch

Berlins Kreditnot.

Zurückstellung der 50-Millionen-Goldmarkanleihe.

Die ungewöhnlichen Schwierigkeiten der deutschen Gemeinden, die durch das plötzliche Ausfallen der Reichsunterstützungen in der Übergangszeit von der Papiermark zur Goldwährung verstärkt werden, kommen außerordentlich deutlich in dem Schicksal der Berliner Goldanleihe zum Ausdruck.

Die Anleihe wurde in Höhe von 50 Millionen Goldmark im November vorigen Jahres beschlossen, sie sollte zu einem Zinssatz von 6 Proz. ausgeben und bei Verwendung für besondere Zwecke durch hypothekensicherheiten gesichert werden. Die gewöhnlich verzögerten sich die Verhandlungen mit den Aufsichtsbörsen und inzwischen erfolgte ein starker Rückgang der Gold- und Sachwertpreise, die stellenweise zu einer Unterbewertung auf hundertert Anleihen bis zu 40 Proz. unter pari geführt hat. Die Stadt Berlin muß deshalb zurzeit auf die Ausgabe dieser Anleihe verzichten, da auch die Banken sich vollständig ablehnend verhalten. Der Kapitalmangel ist eben zurzeit in Deutschland ganz außerordentlich, und es wird lange dauern, bis die Kommunen wieder wie in Friedenszeiten auf den offenen Markt durch städtische hundertert Anleihen der Kapitalbedürfnisse bedienen können. Die Kapitalneubildung ist in so starkem Maße von der Sparskraft der breiten Massen abhängig, daß durch die vollständige Erschöpfung der Sparkraft und Sparfähigkeit der Massen eine starke Gefährdung des wirtschaftlichen Renaissances bei den Kommunen unummeidlich ist. Um wenigstens einzuweichen in den gefährlichsten Monaten — Januar, Februar und März dieses Jahres — den städtischen Kassen Mittel auszuführen, beabsichtigt die Kammerverwaltung, durch die Zurückstellung der Anleihe in Höhe von 50 bzw. 100 Goldmark auszugeben, die, mit 6 Proz. verzinst, zu einem Kurs von 90 Proz. aufgesetzt und nach 12 Jahren zu 102 Proz. zurückgezahlt werden sollen. Das sind also bereits bedeutend härtere Anleihebedingungen, und selbst bei Ausnabe dieser Stelle rechnet die städtische Kammerverwaltung höchstens mit einem Ergebnis von 300 000 Goldmark. Demgegenüber stand vor dem Weltkrieg für Klein-Berlin ein durchschnittlicher Jahresanleihebedarf zum Zinssatz von 3½ bis 4 Proz. von etwa 70 Millionen Goldmark! Es ist kaum anzunehmen, daß der Durchschnitt der deutschen Städte, mit manchen Ausnahmen, in der Lage sein wird, günstigere Bedingungen als Berlin für die Befriedigung des Anleihebedarfes durchzusetzen. Um so mehr wird die Steuerfrage in den Mittelpunkt aller kommunalpolitischen Erörterungen treten müssen.

Ermittlung des unbekanntes Erhossenen.

Die Persönlichkeit des bei dem Zusammenstoß in der Soldiner Straße Erhossenen ist jetzt festgestellt worden. Es ist ein 33 Jahre alter Schloffer Karl Wilschke, der mit seiner Frau in der Seidlerer Straße 17 wohnte. Wilschke war eingetriebenes Mitglied der kommunistischen Partei. Am Sonntag morgen ging er nach Angabe seiner Frau schon um 1½ Uhr früh von Hause weg, ohne ihr zu sagen, was er vor hatte, und ließ den Tag über nichts mehr von sich hören.

Der fahrlässige Selbstmörder.

Gegen 1 Uhr nachmittags wurde der 68 Jahre alte Schneidermeister Karl Schuch in seiner Wohnung im Hause Höblich, Straße 69 durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, ist Schuch aus Lebensüberdruß in den Tod gegangen. Die Feuerwehr, die zur Stelle war, benah sich nach der über der schuldigen Wohnung anliegenden Behausung der Welfenstraße 2001 und fand hier den 57 Jahre alten Gustav Krosch und dessen 33 Jahre alte Ehefrau Marie bewußtlos auf. Wie sich herausstellte, war das Gas durch die Decke in den Schlafraum des Ehepaars gedrungen und hatte beide

amtlischer Meldung ist die Straße Stolpmünde—Schlawe wegen Schneederhebung gesperrt. In der Nacht von Montag—Dienstag verkehren die Züge hielten getrennt und vorgeföhrt bis 3 und 6 Stunden Verspätung. Die Kölner Züge trafen mit anderthalbstündiger Verspätung am Bahnhof Charlottenburg ein. Auch aus Südwestdeutschland eintreffende Schnellzüge kamen erst nach starker Verzögerung in Berlin an.

Der Berliner Verkehr.

Auf den Ring- und Vorortbahnen konnte der Verkehr trotz der Schneefälle heute vormittags ziemlich fahrplanmäßig aufrecht erhalten werden. Nur hin und wieder gab es Verzögerungen um Minuten. Sie wurden aber im Laufe des Vormittags wieder ausgeglichen. Der Andrang auf der Hochbahn war stärker als sonst, weil die Straßenbahnwagen nur langsam vorwärts kommen. Besonders groß war der Sturm auf die Untergrundbahn in den ersten Morgenstunden. Die freiliegende Hochbahnstrecke Gleisdreieck—Warschauer Straße konnte zunächst noch ohne Störungen verkehren. Es sind Maßnahmen getroffen, um ein Stilllegen dieser Linie auch für den Fall zu vermeiden, daß der Schneefall noch lange währt. Die Autobusse kamen überall, wenn auch mit einigen Schwierigkeiten, fort.

Überall Eis und Schnee.

Der Eisgang auf der Unterelbe nimmt immer bedrohlichere Formen an. Der ganze Strom ist dicht mit treibenden Eisschollen bedeckt. In Brunsbüttel lockt wird Deffnen und Schließen der Schleusen durch das Eis erschwert. Gegen 15 Uhr, zwei Dampfmaschinen, sowie zwei Dreimaschinen und vier Rotorräder „Komet“ sind in Brunsbüttel lockt eingefroren. Die Dampfmaschine verkehrt noch halbständig. In der Kabrinne des Nordostkanals wird das Wasser noch durch einen großen Kanalschieber offen gehalten. — Auf die starken Schneefälle in der bergigen Gegend, die den Verkehr in Oberschlesien nahezu lähmt, ist jetzt eine ungewöhnliche Kälte welle gefolgt. Das Thermometer zeigte in der vergangenen Nacht 23 Grad Celsius unter Null, die Temperatur fiel bis Mittag um 8 Grad. Durch diesen heftigen Frost und die dadurch eingetretene Vereisung der Schneemassen ist der Verkehr sowohl im deutschen wie im polnischen Industriegebiet erneut sehr gehemmt worden. Die Versorgung der Städte ist sehr erschwert, da der Verkehr über Land ruht. Der Eisenbahnverkehr auf der Hauptstrecke Böhmen—Opatowitz ist nicht gestört, die Züge haben aber hier wie auf allen Linien starke Verspätungen. — Halb Petersburg ist aberschneit. Es liegen Stadtteile unter Wasser, die früher nie überschwemmt waren. Die Ursache der Überschwemmung führt man zurück auf den Druck der Eismassen auf dem Ladogasee zu einer Zeit, wo in Petersburg selbst Tauwetter herrscht. — Am Steigen der Seine ist ein Stillstand eingetreten. Man hofft, daß das Hochwasser zurückgehen wird, wenn das augenblickliche trockene Wetter weiterdauert. — In den Vereinigten Staaten herrscht eine Kälte, wie man sie seit dem Winter 1904 nicht mehr erlebt hat. Aus dem Staate Minn. werden 29 Todesfälle infolge Errierend gemeldet. In Minnesota herrscht eine Kälte von 66 Grad Fahrenheit (fast 19 Grad Celsius). — In der Provinz Benedig ist die Kälte derart stark, daß die Vagunen und Kanäle mit einer Eisschicht bedeckt sind. Seit Jahrhunderten ist derartiges nicht vorgekommen. Einige „Straßen“ in Benedig (das sind in Benedig bekanntlich Kanäle) können zu Fuß begangen werden.

Personen betäubt. Es gelang die Chelente unter Anwendung eines Sauerstoffapparates wieder ins Leben zurückzurufen. Doch war ihr Zustand so ernst, daß ihre Ueberführung nach dem Urban-Krankenhaus erfolgen mußte.

Die Fleischpreiskontrolle.

Die Berliner Preisprüfungsstelle hat im Kleinhandel des Fleischergewerbes folgende Herabsetzungen der Zuschläge vorgenommen: Bei Fleischfleisch von 23 Proz. auf 20 Proz., bei Sozialfleisch von 20 Proz. auf 16 Proz., bei Geflügelfleisch von 23 Proz. auf 20 Proz., bei Wurst von 23 Proz. auf 20 Proz., bei Inlandschmalz von 23 Proz. auf 20 Proz., bei Inlandschmalz von 18 Proz. auf 17 Proz. In diesen Zuschlägen sind sämtliche Unkosten außer Umsatzsteuer enthalten.

Die Landespreisprüfungsstelle München hat nach eingehender Prüfung der Fleischpreise eine erhebliche Senkung vorgenommen und Angemessenheitspreise festgesetzt. Die Forderung höherer Preise ist von den Regierungen der Behörden gegenüber zu verweigern. Zu diesem Zweck wird die Preisbildung in Zukunft strengstens überwacht.

Neue Regelung der Schülerrückfahrkarten. Um Schülern die Verbindlichkeiten im Elternbus über die Sonn- und Feiertage zu erleichtern, werden fortan Schülerrückfahrkarten auch auf Entfernungen über 150 Kilometer bis zu höchstens 250 Tarifkilometer ausgeben.

Riesenfeuer in den Londoner Dock.

Einer Londoner Meldung zufolge ist gestern nachmittags im Westindiano-Dock eine Riesenfeuerbrunst ausgebrochen, wie sie London seit 50 Jahren nicht mehr gesehen hat. Das Feuer dehnte sich auf einer Strecke von einem Kilometer aus und wühlte in der Nähe liegende Fabriken, eine Kautschuk- und eine Teerfabrik, wurden ebenfalls von den Flammen ergriffen. Der Schaden wird bereits jetzt auf 100 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Die gesamte Feuerwehrt von London und aus der Umgebung befindet sich auf dem Brandplatz. Die zunächst gelegenen Wohnquartiere sind geräumt worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Nächtung! Vorstandskonferenz!

Die heute morgen anberaumte Vorstandskonferenz findet nicht Freitag, 16. Januar, sondern bereits Mittwoch, 18. Januar, abends 7 Uhr, in den „Mullerhöfen“ statt.

Heute, Dienstag, 8. Januar.

Januarfestlichkeiten. Gruppe Tempelhof-Marienbad. Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr. Singabend. Gruppe Tempelhof, Gruppen-Gesellschaft. 8-9 Uhr. Vortrag des Genossen Eppenheimer.

Morgen, Mittwoch, 9. Januar.

- 9. Abt. Die Mitgliederversammlung findet nicht bei Finkenbach statt, sondern im Arnshof, Finkenberger Str. 24.
- 10. Abt. 7½ Uhr bei Ewald, Brunnstr. 8: Funktionärskonferenz. Erscheinen aller funktionären Pflicht.
- 11. Abt. Die Nachtarbeit findet statt bei Köhn, Gubenstr. 19 und bei Müller, Warschauer Str. 17.
- 12. Abt. 7½ Uhr Nachtarbeit: Buchhändler Str. 27: Webermann, Parnbacher Str. 9: Mühlberg, Peterburger Str. 24 und Mühlberg, Peterburger Str. 5.
- 13. Abt. Die Schloßarbeit am Mittwoch fallen aus. Halber Sonntag, den 13. d. M., vorm. 10 Uhr. Reichertshaus. Gemeinsamer Jahrsabend. Einnahme Funktionäre müssen anwesend sein.
- 14. Abt. Schloßarbeit. 7 Uhr: Mitgliederversammlung. Schule Köhnstr. Nächtiger Tagesordnung.
- 15. Abt. Mitgliederwahlfeier und Kassenabrechnung. Sitzung Freitag, den 11. d. M., abends 7 Uhr. Bitte früh im Berechnungsgebäude Reichertshaus, Stammstr. 64. Organisationsfragen. — Weitere Arbeit.

Gewerkschaftsbewegung

Wie der Fuchs den Enten predigt.

Die im Dienste der Schwerindustrie stehende Telegraphen-Union mußte am 5. Januar eine neue Wachstaple opfern zu einer Entenpredigt über „Pflichten der Lohnpolitik“.

Seit Einführung der Rentenmark ist eine gewisse Beruhigung in die Lohnbewegung hineingekommen. Die Tatsache nun, daß die Unternehmer diese Beruhigung hören, wird mit der Erklärung umschrieben, die Unternehmerrichtigkeit habe:

„Stetsmal die Lehren aus der fünfjährigen deutschen Wirtschaftskrise gezogen und mit aller Energie sich an den der Wirtschaft im November 1918 durch unsere Innenpolitik zugefügten Schäden freizuhalten versucht. In der Tat ist die deutsche Unternehmerrichtigkeit, deren Namen unter den Rentenmarknoten steht, besonders dazu berufen, unter Einwirkung aller Energie auch auf dem Gebiet der Lohnpolitik zu tun, was nötig ist, um den Weg zur Besserung zu ebnen.“

Eine lediglich auf den Gehaltsrückgang eingestrichelte Lohnpolitik führt weder zum Preisabbau noch zu einer Wiederbelebung unserer inländischen und ausländischen Absatzes. Wenn die neue Lohnpolitik der Unternehmer durch Lohnabbau ohne Rücksicht auf das in den Lebenshaltungsziffern zum Ausdruck kommende Existenzminimum zur Bedrückung der Lebenshaltung führt, so hat der Betrieb des Unternehmertums in der Tat, dafür den Trost, es sei

immer das Schicksal eines im Krieg unerschütterlichen Volkes gewesen, seine Lebenshaltung bedrückt zu sehen. Dies muß bei einem bis zum Weißbluten kämpfenden Volks- und Wirtschaftsgemeinschaft in besonderer Weise zutreffen. Deswegen muß unsere Lebenshaltung unter dem Friedensstand, unser Lohn unter dem Friedenslohn sein.“

Überhaupt bedeuten die derzeitigen Löhne schon eine Erhöhung des Reallohns gegenüber dem Stand von September bis November v. J., da der Lohn im wertbeständigen Geld zur Auszahlung kommt. Man schätzt diese Reallohnverbesserung für sich allein schon auf 15 bis 20 Proz. Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger sollte heute daran denken, wie er in den letzten Jahren des Währungsverfalls immer wieder betonte, auch mit einem niedrigen Lohn zufrieden zu sein, wenn er nur wenigstens wertbeständig zur Auszahlung käme.“

Sehr ist diese Voraussetzung gekommen. Seit aber jetzt wieder die durch die ungeliebte Tarif- und Schlichtungspraxis der letzten 5 Jahre bedingte gewordene Lohnschraube an, dann wird der Druck auf den gegen die Inflation ausgleichende Ball zu hart und neue Inflationsgefahr mitkommen.

Entbehrung und Mehrarbeit

Sollten die Stichworte sein, mit denen Unternehmer und Arbeiter sich im Interesse des Volksganzen zu neuer Gemeinschaftsarbeit zusammenschließen sollten. Die Verlängerung der Arbeitszeit rührt auch von selbst eine Erhöhung des täglichen Verdienstes und damit des Reallohnes bringen. Sie wird erheblich zur Verbesserung der Produktion und zum Preisabbau beitragen.“

Entbehrung und Mehrarbeit zugleich ist schließlich auch für den kammernächsten Arbeiter etwas hart. Der Herr, der diese „Stichworte“ klerte, und zwar in einer Form, die die Deutung zuläßt, es sei das Stichwort für die Unternehmer: „Entbehrung“, was dabei nicht wenig geschminkt haben. In Ernst sollen natürlich beide Stichworte, Entbehrung und Mehrarbeit für die Arbeitnehmer gelten.

Die Vorteile der Geldstabilisierung sind zweifellos sehr zu begrüßen und in jeder geordneten Wirtschaft selbstverständlich. Die Kampfansforderungen der Industriellen haben zur Verlängerung des Krieges und damit zur schließlichen Niederlage nicht wenig beigetragen. Außerdem aber hat ihr anfängliches Verhalten in der Reparationsfrage die Inflationschwierigkeiten mindestens stark begünstigt. Die Unternehmer haben infolge der eingetretenen Stabilität der Mark zum allermindesten die gleichen Vorteile wie die Arbeitnehmer.

Wir können daher nicht recht einsehen, weshalb lediglich die Unternehmerrichtigkeit die Rede dafür zahlen, Entbehrung und Mehrarbeit auf sich nehmen soll. Noch obendrein durch solche Redepredigten verdrängt zu werden, ist eine Zumutung, die wir zurückweisen müssen.

Trochende Formveränderung.

Der Bahnstreik der Farmer kommt nicht zur Ruhe. Ein Schiedsspruch, der nicht nur die Löhne, sondern auch die Bestimmungen des Manteltarifs wesentlich verschlechterte, wurde von den Farmern abgelehnt; die Unternehmer machten von ihrem Recht, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen, keinen Gebrauch, sondern teilten der Verhandlungskommission mit, daß die Arbeiter nur nach dem Schiedsspruch beschäftigt werden können. Sollte bis zum 4. Januar keine Einigung über einen neuen Manteltarif zustande kommen, müßten alle Arbeitnehmer entlassen werden. Neueinstellungen könnten dann nur nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betriebe und unter Anerkennung einer 48-Stunden-Woche und Fortfall aller Vergünstigungen vorgenommen werden.

Bei neuen Verhandlungen machten die Arbeitgeber den Vorschlag, daß 48 Stunden gearbeitet werden solle, daß 10 Minuten Wochenszeit zugebilligt werden und die Sonderbezahlungen über den Tarif in den einzelnen Betrieben nicht abgelehnt werden. Sie versprachen, ihrer Vollversammlung die Annahme dieses Vorschlags zu empfehlen. In der Zusammenkunft der Arbeitgeber wurde aber wider Erwarten die Ablehnung beschlossen. Daraufhin erfolgte die Erklärung, die Arbeitnehmer nicht länger als bis zum 9. Januar zu den Bedingungen des alten geltendigen Manteltarifs beschäftigen zu können.

Bredow legte in einer Branchenversammlung der Farmer diese Erklärung der Unternehmer dahin aus, daß die Unternehmer, ähnlich wie der B.M.W., Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig diktieren wollen, wogegen die Berufsstellen schärfsten Protest erheben müßten.

In der Abstimmung wurde ohne Diskussion dieses Antrages abgelehnt und die weitere Entwicklung der Dinge dem Lauf der Zeit und dem Verhalten der Unternehmer überlassen.

Der Streik der Bauanschläger geht weiter.

Die streikenden Bauanschläger nahmen in stark besuchter Versammlung Stellung zu dem Verhandlungsergebnis ihrer Branchenkommission. Die Arbeitgeber drangen mit aller Macht darauf, daß der Spruch eines Schlichtungsausschusses anerkannt werde, der eine starke Lohnreduzierung brachte. Nach Ablehnung des Spruches durch die Arbeitnehmer verfügte die Unternehmer eine weitere Herabsetzung der Löhne um 6 Pf. Von der Branchenleitung wurde erneut der Schlichtungsausschuss angerufen, der aber Termin erst auf den 15. Januar ansetzte.

Durch Vermittlung des Gewerberatens Dr. Körner kamen die Parteien zu freien Verhandlungen zusammen. Die Arbeitgeber verlangten die sofortige Einstellung des Kampfes, aber seien sie zu Verhandlungen nicht bereit. Nach mehreren Vermittlungsversuchen Dr. Körners einigte man sich auf folgenden Basis:

Bis die Zeit vom 24. bis 30. Dezember wird der vom Schlichtungsausschuss auf 63 Pf. herabgesetzte Spitzenstundenlohn auf 65 Pf. erhöht. Die Wertverminderung beträgt 20 Proz. Die Lohnregelung ab 31. Dezember wird einem aus 9 Personen bestehenden Schiedsgericht überlassen; bis zu dessen Spruch wird ein Akontolohn von 63 Pf. gezahlt. Der Streik soll abgebrochen werden. Nachregelungen finden nicht statt, die Eingestellten treten in ihre alten Rechte ein. Die ausstehenden Lohnverhandlungen sollen für die Branche der Bauanschläger getrennt von den Branchen der Bauhelfer und der Gebäudeschlosser geführt werden.

Die Branchenkommission trat für die Annahme dieser Vereinbarung ein. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses und die Fortführung des Streiks aus. In gehelter Abstimmung wurde dann auch gegen eine geringe Minderheit die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Justiz und Gewerkschaften in Frankreich.

Ein Urteil der Pariser Strafkammer vom Jahre 1921 hatte wegen Verstoßes gegen eine veraltete Gesetzgebung die Auflösung der C.G.T. (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) angeordnet. Die Gewerkschaftsleitung hatte gegen dieses lächerliche Urteil Berufung eingelegt mit dem Erfolge, daß sie seit drei Jahren von der Sache überhaupt nichts gehört hat. Die Annahme war nicht ganz unbegründet, daß die zuständigen Stellen in einer Sitzung der Vermunft sich der Torheit jenes politischen Urteils bemußt geworden seien und das Verfahren niedergelassen haben. Diese Annahme hat sich jedoch als ein Irrtum erwiesen. Die C.G.T. ist nunmehr von dem Appellationsgerichtshof in Kenntnis gesetzt worden, daß der Termin für die Berufungsverhandlung angelegt sei.

In den Kreisen der französischen Gewerkschaften setzt man keinen Zweifel darin, daß, wenn das erstinstanzliche Urteil bestätigt werden sollte, die Gewerkschaften nicht daran denken, sich ihm zu beugen.

Der Konflikt über die Arbeitszeit im Düsseldorf Bezirk dauert nach der „Kölnischen Zeitung“ an. Die Ortsausschüsse des A.O.B., der K.V. und des A.F.B. haben einen Aufruf zu einer Kundgebung auf dem Hindenburgwall und zu Streikmaßnahmen erlassen. Ne heute nachmittags stattfinden sollen. In dem Aufruf werden die in Arbeit stehenden aufgefordert, sich mit den Ausgesperrten und Arbeitslosen solidarisch zu erklären und für sie ein Bierlein ihres Arbeitsverdienstes zu opfern. Auch die Bereinigung der Arbeitgeber hat einen Aufruf herausgegeben, der im wesentlichen eine Darlegung der Sachlage enthält. Der Christliche Metallarbeiterverband, dessen Vertrauensmänner gestern zu einer Versammlung zusammentraten, ist umgefallen und hat sich für die zehnstündige Arbeitszeit erklärt.

Der Arbeitszeitskampf in Oberhessen ist erneut angebrochen. Die Metallarbeiterverbände der christlichen und der freigeistlichen Richtung haben ihre Unterschrift unter dem Heberarbeitszeitabkommen zurückgezogen, und zwar mit der Begründung, daß das Abkommen nur einigen Verleistungen rigoros und einseitig ausgesetzt würde. Man befürchtet demnach eine allgemeine Aussperrung auf hiesigen oberhessischen Werken.

Wirtschaft

Goldmarkbilanzen und Gemeindebetriebe.

Das Gesetz über die Goldmarkbilanzen bezieht sich auf Privatfirmen. Aber seine Vorschriften lassen sich weitgehend auch auf die öffentlichen Unternehmungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden anwenden. Besonders die Kommunen haben bezüglich ihrer werbenden Anlagen, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw., die nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu führen sind, alle Veranlassung, sich mit dem Inhalt dieses Gesetzes näher zu befassen. Man kann den Gemeinden sogar dringend empfehlen, für ihre Betriebe ebenfalls Goldmarkbilanzen aufzustellen. Dabei braucht wohl nicht betont zu werden, daß es für einen sozialdemokratischen Stadtvorstandes erste Pflicht ist, das Prinzip der Bilanzwahrheit unter allen Umständen hochzuhalten. Die Buchführung ihrer gewerblichen Unternehmungen war niemals die starke Seite der städtischen Verwaltung, wofür die kameralschaftliche Form und die Bindung an den Etat teils die Ursache, teils der Vorwand waren. Die Aufstellung der Eröffnungsbilanz gibt Gelehrtheit, dort, wo es noch nicht geschehen ist, zugleich eine Buchführung nach kaufmännischen Grundsätzen einzurichten. Eine technisch und wirtschaftlich zweckmäßig aufgebaut, zuverlässig geführte Buchhaltung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den geschäftlichen Erfolg jedes gewerblichen Betriebes.

Die Reuaufrichtung von Goldmarkbilanzen würde den Gemeinden auch eine Grundlage bieten, um mit der Ansammlung ordnungsmäßiger Erneuerungsfonds wieder zu beginnen. Seit Anfang des Krieges hatten die meisten deutschen Städte aufgehört, den Erneuerungsfonds ihrer Werke weitere Mittel zuzuführen. Die gegenwärtige, außerordentlich starke Kreditnot, in der die meisten Kommunen sich befinden, ist zu einem großen Teil durch diese jahrelangen Unterlassungswandlungen verschuldet. Hätte man die Lebensnotwendigkeiten der Werke nicht mißachtet und die erforderlichen Mittel für ihre Erneuerung und Erweiterung rechtzeitig bereitgestellt, so wären die benötigten Gelder jetzt vorhanden. Statt dessen sind die Städte gezwungen, Anleihen zu den augenblicklichen ungünstigen Zins- und Tilgungsbedingungen aufzunehmen, wenn sie nicht auf die Fortbildung ihrer werbenden Anlagen überhaupt verzichten wollen. Wie in Zukunft der Anleihemarkt in Deutschland beschaffen sein wird, läßt sich schwer voraussagen. Wahrscheinlich wird der Kapitalmangel, der die Quelle aller Schwierigkeiten ist, sobald nicht behoben sein. Deshalb müssen die kommunalen Werke selbst für die Bildung derjenigen Kapitalien sorgen, die sie für ihre eigene Erneuerung und Erweiterung gebrauchen. Dies ist aber nur durch eine umsichtige, konsequent durchgeführte Rücklagepolitik möglich.

Spezialvermerk für Politik: Groß-Kontor; Wirtschaft: Urban Gelerhaus; Gewerkschaftsbewegung: H. Glerum; Gesundheit: A. A. Hildebrand; Soziale und Sonstige: Fritz Rastbach; Angelegenheiten: H. Hildebrand; (Zusatz) in Berlin, Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin S. 68, Lindenstraße 2.

Kaufhaus Max Giesen

Moabit, Turmstrasse 42, Ecke Oldenburger Strasse

Inventur-Ausverkauf
vom
9. Jan. bis 15. Jan.

Während dieser Zeit
in allen Abteilungen
**bedeutende
Ermäßigung**

Besonders hervorzuheben
Reste und Abschnitte
in Kleiderstoffen, Selden,
Leinen u. Baumwollwaren,
Gardinen u. Möbelstoffen

Gewaltige Herabsetzungen in der Konfektion

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität stets
vorrät, nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnst. Lichtenb.-Friedrichst.
Tel. 104. Lichtenb. 3222

Metallbetten
Stahlmatt, Kleiderbetten etc. an Priv.
Kat. 30A (rel. Eisenmöbel) Suhl Thür.

Millarden sparen Sie
bei **ERICH SCHULZ**
Neukölln, Kals.-Friedr.-Str. 220
an der Wochenzeile.
Für den Winter: Strickwaren, Klei-
derstoffe, Trikots, Kleiderwe-
ters, Wollewaren, Damen-Schleier,
Watte, Näharn.

**Bettwäsche
Wäschestoffe**
Handtücher, Hem-
denstoffe, Damast,
Din u. Linon,
Zöcher, Infatta,
Bettdecken usw.
zu konkurrenzlos
billigsten Preisen
Wäschefabrik Einhorn
Lichtenb., Bernhartstr. 21
an d. Hermannstr.

W. Bernhard Nachf.
SW, Belle-Alliance-Str. 105 u. 101 (dicht am Halleschen Tor)
Geöffnet 9-11 und 3-7

Aufsehen erregender Inventur-Verkauf

Damen-Mäntel	19,75 15,75 10,75	Flanel-Blusen	4,50 3,75
Astrachan-Mäntel m. Futter	48,00 29,75	Jumper in Trikot und Seide	12,00 7,90
Plüsch-Mäntel	110,00 69,00	Kostüm-Röcke	6,90 3,25
Affenhaus- und Taub- Mäntel	53,00 48,00 39,75	Reinw. Chev.-Kleider	16,75 13,50 10,75
Damen-Kostüme	36,75	Damen-Westen	19,50 15,50

Flatow, Betriebsrätegesetz

- ◆ Neu! — 13. Auflage — 126—130 000
- ◆ Der unentbehrlichste in der Praxis
- ◆ Laut Fachkritik der beste Kommentar
- ◆ Brosch. 3,20 Goldm., geb. 4,80 Goldm.

J. G. W. Dieß Nachf. G. m. b. H., 5 W. 68, Lindenstr. 2

Ungeheuer billig!
Liegende L. Preise sind
alle Lebensmittel und
Bedarfsartikel. Kleine
Anzeigen im Vorwärts
sind aber immer noch